

## Baden-Württemberg und die erweiterte Europäische Gemeinschaft

### Die Erweiterung der EG – ein Votum für Europa

Am 1. Januar 1973 sind das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, das Königreich Dänemark sowie die Republik Irland entsprechend dem am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichneten Abkommen der Europäischen Gemeinschaft beigetreten. Die Erweiterung der bisherigen Sechser-Gemeinschaft auf neun Mitgliedsstaaten kann als das wichtigste europäische Ereignis seit dem Abschluß der Römischen Verträge bezeichnet werden. Obwohl sich die Auswirkungen dieses historischen Vorganges heute im einzelnen noch nicht voll abschätzen lassen, sollte man in dem Beitritt der drei Staaten nicht nur einen rein wirtschaftlichen Vorgang sehen oder einseitig nur die zu erwartende Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen den beteiligten Ländern als bedeutungsvoll anerkennen. Die Zustimmung der drei Beitrittsländer zu einem Anschluß an die Europäische Gemeinschaft ist letztlich eine Entscheidung für eine künftige politische Rolle in und mit Europa. Insbesondere Großbritannien hat nach jahrelangem Ringen die Konsequenz aus der Nachkriegsentwicklung und der immer geringeren Bedeutung des Commonwealth gezogen und sich für eine Mitarbeit in Europa und für die Integration in die Europäische Gemeinschaft entschieden.

Die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Ziele der Europäischen Gemeinschaft sind in der Präambel des Vertrages von Rom niedergelegt. Danach soll der Zusammenschluß den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der europäischen Völker sichern und zu einer stetigen Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen beitragen. Darüber hinaus bekunden die Mitgliedstaaten ihren Willen, „ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern“.

Die von der bisherigen Sechser-Gemeinschaft erzielten Fortschritte auf dem Wege zu einer europäischen Integration, an denen nunmehr auch die Beitrittsländer teilhaben, umfassen zunächst einmal die Verwirklichung einer Zollunion im Handel mit gewerblichen Gütern (Abbau der Zollschränken zwischen den Mitgliedsländern und Einführung eines gemeinsamen Außenzolltarifs). Darüber hinaus wurde in zwei wichtigen Wirtschaftsbereichen, im Agrar- und im Montansektor, eine sektorale Wirtschaftsunion geschaffen (Verzicht der Mitgliedsländer auf selbständige wirtschaftspolitische Entscheidungen zugunsten von Gemeinschaftsorganen). Weiterhin sind in wichtigen Teilbereichen beachtliche Integrationsfortschritte in Form einer Harmonisierung nationalstaatlicher Maßnahmen oder der Schaffung kompetenter Gemeinschaftsorgane erzielt worden<sup>1</sup>.

Wie nach jahrhundertelanger nationalstaatlicher Souveränität kaum anders zu erwarten, blieb dennoch die politische Einigung hinter der rascher fortschreitenden wirtschaftlichen Integration zurück. Vor allem seit Mitte der sechziger Jahre nahmen die Schwierigkeiten des Integrationsprozesses immer mehr zu, bis schließlich durch die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs auf der EG-Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 und durch die Entschließung des EG-Minister rats vom Februar 1971 über die stufenweise Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion ein neuer Durchbruch gelang. Danach soll bis 1980 ein einheitlicher Währungsraum mit festen Wechselkursen und unwiderruflicher Konvertibilität oder alternativ eine einzige Gemeinschaftswährung eingeführt werden, wobei ein gemeinschaftliches Zentralbanksystem die Geld- und Kreditpolitik innerhalb der Gemeinschaft sowie die Währungspolitik gegenüber der Außenwelt zentral steuern soll. Auf den Gebieten der Konjunktur-, Regional- und Strukturpolitik sollen wirtschaftspolitische Entscheidungen gemeinsam gefaßt und den Organen der Gemeinschaft die notwendigen Befugnisse zugewiesen werden. Ergänzend soll die Haushaltspolitik der Mitgliedsländer durch Abstimmung der Eckwerte der öffentlichen Haushalte und durch Harmonisierung der wichtigsten Steuern vereinheitlicht werden.

Gemessen an den im Römischen Vertrag formulierten Zielen und gemessen an den neuen großen Vorhaben, die diese Ziele konkretisieren, läßt allerdings die Erweiterung der Gemeinschaft nicht nur neue Impulse erwarten, sondern wirft auch neue Probleme auf. Diese betreffen nicht allein den Prozeß der politischen Willensbildung. Auch das soziale und wirtschaftliche Gefüge ist wesentlich heterogener geworden, so daß die Schaffung einheitlicher Lebensbedingungen und die angestrebte Verschmelzung der Volkswirtschaften schwieriger geworden sind.

In der folgenden Bestandsaufnahme soll untersucht werden, welche Stärken und Schwächen die neun Partner auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in die Gemeinschaft einbringen. Dieser multinationale sozial- und wirtschaftsstatistische Vergleich unterliegt naturgemäß den Einschränkungen und Vorbehalten, die auf Grund definitorischer und methodischer Abweichungen und als Folge unterschiedlicher Erhebungsgenauigkeit im internationalen statistischen Rahmen zu berücksichtigen sind.

Problematisch ist insbesondere die Vergleichbarkeit der europäischen Statistiken über den Bildungsstand und das Gesundheitswesen. Ferner liegt für verschiedene Länder Datenmaterial jüngerer Datums noch nicht vor. Deshalb beziehen sich die zahlenmäßigen Nachweise soweit nicht anders vermerkt auf das Jahr 1970. Weiterhin wird das etwas ungewöhnliche Verfahren gewählt, das Land Baden-Württemberg, das politisch, kulturell und wirtschaftlich ein Teil der Bundesrepublik Deutschland ist, als selbständige Einheit nachzuweisen und an der Seite der Bundesrepublik im EG-Rahmen zu vergleichen. Das besondere landespolitische Interesse und die starken außenwirtschaftlichen Verflechtungen des Landes lassen dieses Vorgehen gerechtfertigt erscheinen.

<sup>1</sup> Vgl. Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft (Werner-Bericht), Luxemburg 1970, S. 9 ff. Vgl. Kruber, K.-P.: Realisierungsprobleme einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG, in: Das Wirtschaftsstudium, Nr. 9, Sept. 1972, S. 423 ff. Vgl. Das Parlament vom 22. Januar 1972, S. 7

## Stärkung des politischen und wirtschaftlichen Gewichts

Der Anschluß Großbritanniens, Dänemarks und Irlands an den politischen Verbund der Europäischen Gemeinschaft ist nicht nur ein Zeichen für die Attraktivität des praktizierten Integrationssystems. Die Erweiterung stärkt außerdem die politische Rolle Europas in der Welt, sei es bei internationalen Handels-, Wirtschafts- oder Währungskonferenzen oder sei es bei der Lösung der Entwicklungsprobleme der Dritten Welt oder bei der Sicherung des Weltfriedens. Vor allem aber gewinnt damit die weltwirtschaftliche Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft ein noch stärkeres Gewicht, was sich an wenigen auf 1971 bezogenen Zahlen ablesen läßt.

Nachweis		Erweiterte EG	Vereinigte Staaten	Sowjetunion	Japan	Volksrepublik China
Bevölkerung	Mill.	254,1	207,0 <sup>1)</sup>	241,7	103,4	772,9
Bruttosozialprodukt <sup>1)</sup>	Mrd. S	662	991	486	196	
Rohstahlerzeugung	Mill. t	128	112 <sup>2)</sup>	121	89	21
Anteil am Weltexportvolumen	%	15 <sup>3)</sup>	13	4	7	

<sup>1)</sup> 1970. - <sup>2)</sup> Ohne Erzeugung der selbständigen Stahlgießereien. - <sup>3)</sup> Ohne gegenseitige EWG-interne Ausfuhren.

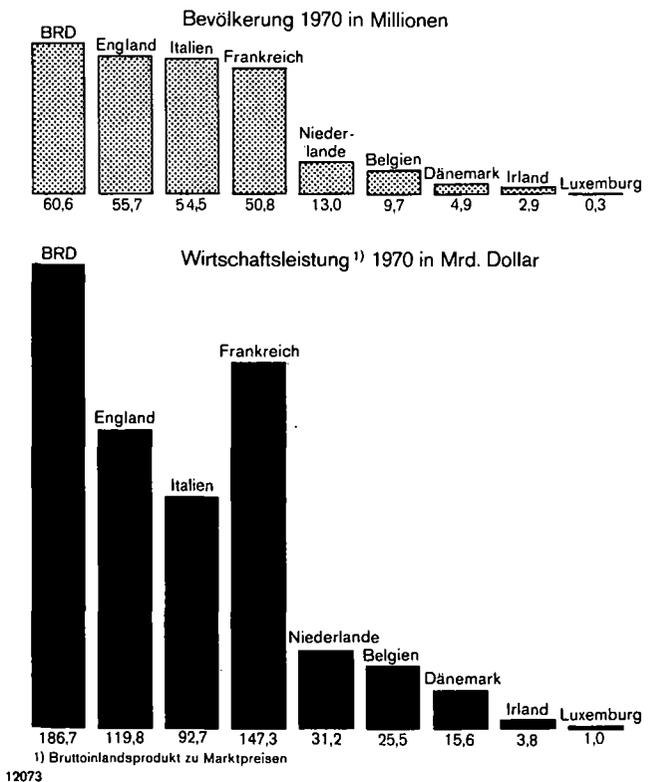
Mit der Erweiterung der EG umfaßt der einheitliche europäische Wirtschaftsraum 254,1 Mill. Menschen und übertrifft damit das Bevölkerungspotential der wirtschaftlichen Großmächte USA (207,0 Mill.) und Sowjetunion (241,7 Mill.), bleibt jedoch weit hinter der Volksrepublik China (772,9 Mill.) zurück. Im Jahre 1970 erwirtschafteten die neun Mitgliedsländer ein Bruttosozialprodukt von 662 Mrd. Dollar (USA 991 Mrd. Dollar), Sowjetunion (486 Mrd. Dollar). Selbst wenn man berücksichtigt, daß das für die Sowjetunion nachgewiesene Sozialprodukt auf Grund des unterschiedlichen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, bei dem zum Beispiel die Dienstleistungsbereiche unberücksichtigt bleiben, wesentlich unterbewertet sein dürfte, ist damit die EG zum zweitgrößten Wirtschaftspotential der Erde aufgerückt, das in wichtigen Produktionsbereichen, so beispielsweise in der Rohstahlerzeugung, die Spitzenposition unter den Wirtschaftsböcken übernommen hat. Auf dem Gebiet des Handels hat die Gemeinschaft der Neun mit einem Anteil von 15 % am Weltexport (ohne gegenseitige EWG-interne Ausfuhren) sogar die führende Stellung unter den Handelsmächten inne, denn die USA und die Sowjetunion vereinigen 13 % bzw. 4 % des Weltexportvolumens auf sich.

## Mittleres Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg ...

Von der über einer viertel Milliarde Europäer, die als Konsumenten kaufkräftige Nachfrage auf dem erweiterten europäischen Markt entfalten, lebt fast ein Viertel (24,0 %) in der Bundesrepublik. Diese findet jedoch in Großbritannien (22,1 %) Italien (21,6 %) und Frankreich (20,1 %) annähernd gleich starke Partner. Baden-Württemberg mit seinen 9,0 Mill. Einwohnern hat etwa das bevölkerungsmäßige Gewicht von Belgien (9,7 Mill.), rangiert aber weit vor Dänemark (4,9 Mill.) und Irland (2,9 Mill.). Gemessen an der Bevölkerungsdichte, hinter deren durchschnittlichen Werten sich große Unterschiede zwischen Verdichtungs- und ländlichen Räumen verbergen, stehen jedoch Holland und Belgien mit 319 bzw. 317 Einwohnern je qkm an der Spitze der Skala, gefolgt von der dicht besiedelten Bundesrepublik (224 Einw. je qkm), die in der Bevölkerungsdichte von Baden-Württemberg noch leicht übertroffen wird (249 Einw. je qkm). Ähnlich dicht besiedelt ist nur Großbritannien (228 Einw. je qkm), in

Schaubild 1

## Bevölkerung und Wirtschaftsleistung der EWG-Länder



Frankreich und Italien lebt man weit weniger eng gedrängt (93 und 181 Einw. je qkm) und die mit Abstand geringste Bevölkerungskonzentration (42 Einw. je qkm) errechnet sich für die Irische Republik.

Interessante Einblicke eröffnen sich auch bei einem Vergleich des Altersaufbaues der Bevölkerung. Von der Einwohnerschaft der neun Länder sind im Durchschnitt 24 % Kinder unter 15 Jahren, rund 64 % stehen im sogenannten erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren und ein Anteil von 12 % hat das Rentenalter (65 Jahre und darüber) erreicht. Die Bundesrepublik und Baden-Württemberg liegen ziemlich nahe bei dieser durchschnittlichen europäischen Altersverteilung. In Frankreich (25 %), Italien (25 %) und vor allem im geburtenstarken Irland (31 %) ist der Anteil der Kinder etwas höher, wodurch in Frankreich und insbesondere in Irland die im erwerbsfähigen Alter stehende Personengruppe unterrepräsentiert ist (62 % bzw. 58 %). Die Niederlande hingegen verzeichnen derzeit als Resultat des Zusammenspiels der wechselnden Phasen der Geburtenhäufigkeit sowie der Zu- und Abwanderungen sowohl einen außergewöhnlich geringen Anteil an Kindern (22 %) als auch an über 65jährigen Jahrgängen (8 %), so daß die erwerbsfähige Bevölkerung gegenwärtig eine Rekordhöhe von 70 % erreicht.

Von diesem unterschiedlichen Altersaufbau wird das natürliche Bevölkerungswachstum, das sich in den neun europäischen Ländern mit stark abweichender Geschwindigkeit vollzieht, entscheidend mitbeeinflusst. Die höchsten Geburtenüberschüsse haben Irland und die Niederlande (10,3 und 9,9 Personen je 1000 Einwohner), die niedrigsten Differenzen zwischen Geburten und Sterbefällen zeigen Luxemburg und die Bundesrepublik (0,8 und 1,3 Personen je 1000 Einw.). Baden-Württemberg liegt 1970 auf Grund seines hohen Anteils der geburtenstarken ausländischen Bevölkerung noch etwa in der Mitte zwischen den Extremwerten (4,0 Personen je 1000 Einw.). Entscheidender als das natürliche Wachstum ist jedoch die effektive Zunahme der Bevölkerung, die sich

Tabelle 1

## Ausgewählte Strukturdaten von Baden-Württemberg sowie der Länder der erweiterten EG 1970

Bezeichnung	Einheit	Bundesrepublik	Darunter Baden-Württemberg	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg
<b>Gebiet</b>								
Fläche	1000 qkm	248,6	35,7	547,0	301,2	40,8	30,5	2,6
Bevölkerungsdichte	Einwohner je qkm	244	249	93	181	319	317	131
<b>Bevölkerung</b>								
Anzahl	1000	60651	8895	50775	54459	13019	9676	340
Anteil an erweiterter EG	%	24,0	3,5	20,1	21,6	5,2	3,8	0,1
davon im Alter								
unter 15 Jahren	%	23	24	25	25	22	23	22
von 15 bis unter 65 Jahren	%	64	64	62	64	70	61	66
von 65 Jahren und mehr	%	13	12	13	11	8	16	12
Geburtenüberschuß	je 1000 Einwohner	1,3	4,0	6,1	7,0	9,9	2,3	0,8
Vorausschätzung 1985								
Anzahl	Millionen	65,4	9,6 <sup>1)</sup> 10,1 <sup>1)</sup>	57,6	60,0	15,1	10,0	0,4
Zunahme 1985/1970	%	7,9	7,9 <sup>1)</sup> 13,3 <sup>1)</sup>	13,3	10,1	16,0	3,8	12,1
<b>Unterricht und Bildung</b>								
Lehrer <sup>2)</sup>								
Grund- und Hauptschulen	je 1000 Schüler	39	42	40	45	32	48	44
Mittel- und höhere Schulen	je 1000 Schüler	69	63	54	86	.	62	70
Berufsbildende Schulen	je 1000 Schüler	56	64	80	77	.	.	57
Hochschulen	je 1000 Schüler	.	75	41	80	.	93	.
<b>Gesundheit<sup>5)</sup></b>								
Ärzte	je 10 000 Einwohner	16,3	16,6	11,8	17,5	11,7	15,2	9,9
Krankenhausbetten	je 10 000 Einwohner	112	112	81	101	51	78	118
Säuglingssterblichkeit (Gestorben im 1. Lebensjahr)	je 10 000 Einwohner	236	211	151	292	127	205	246
<b>Verkehr und Nachrichten<sup>7)</sup></b>								
Dichte des Straßennetzes	km je qkm	1,77	1,86	1,67	0,94	2,35	0,39	1,90
Pkw-Bestand	je 1000 Einwohner	234	291	246	187	199	210	268
Telefonanschlüsse	je 1000 Einwohner	225	.	172	171	260	211	328
Fernsehgeräte	je 1000 Einwohner	262	246	201	170	223	207	183
<b>Erwerbstätige</b>								
insgesamt	1000	27011	4176	21429	19571	4734	3918	144
Erwerbsquote	%	44	47	42	37	36	40	42
insgesamt weiblich	%	30	35	29	19	.	26	.
<b>Arbeitnehmer</b>								
Beschäftigte	1000	22433	3445	16448	13533	3915	3063	103
Arbeitslose	1000	144	8	262	616	47	71	0
Arbeitslosenquote	%	0,7	0,2	1,6	3,1	1,1	3,0	0,0
Streiks								
beteiligte Arbeitnehmer	1000	184	95	1160	3722	.	111	.
verlorene Arbeitstage	1000	93	20	1742	18277	.	1432	.
Einkommen aus unselbst. Arbeit <sup>9)</sup>								
insgesamt	Mrd US-Dollar	96,5	13,8	70,1	44,6	17,4	12,9	(0,5)
je Beschäftigten	US-Dollar	4301	4490	4264	3255	4439	4198	.

<sup>1)</sup> Untere und obere Variante der Schätzung. – <sup>2)</sup> Bei den Lehrern handelt es sich um haupt- (full time) und nebenberufliche (part time) Lehrer. Die Angaben beziehen sich auf folgende Jahre: Bundesrepublik und Luxemburg 1970, Großbritannien, Niederlande, Dänemark und Irland 1969, Frankreich, Italien und Belgien 1968. – <sup>3)</sup> Einschließlich Berufsbildungsschulen. – <sup>4)</sup> England und Wales 1967. – <sup>5)</sup> Für die Bundesrepublik beziehen sich die Angaben auf 1970, für die übrigen Länder auf 1967. – <sup>6)</sup> Ohne Tuberkulose- und Psychiatrische Krankenhäuser. – <sup>7)</sup> Die Dichte des Straßennetzes bezieht sich auf 1969, alle übrigen Angaben auf 1970. – <sup>8)</sup> Ohne Nordirland. – <sup>9)</sup> Dänemark und Irland 1969.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1972 und Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte. United Nations: Statistical Yearbook 1971, New York 1972. SAEG: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1970, Brüssel 1971.

unter Berücksichtigung der Zu- und Abwanderungen ergibt. Nach den amtlichen Bevölkerungsvorausschätzungen<sup>2)</sup> zum Jahr 1985, denen national unterschiedliche Annahmen über die jeweils zu erwartenden Zu- und Abwanderungen zugrunde liegen, werden die Niederlande den stärksten Einwohnerzuwachs (16,0 %) erfahren; gefolgt von Frankreich (13,3 %), Italien (10,1 %) und Großbritannien (10,0 %). Für die Bundesrepublik wird nur eine mittlere Dynamik in der Bevölkerungsexpansion (7,9 %) erwartet. Die Prognosen für Baden-Würt-

<sup>2)</sup> Vgl. Stat. Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, Wiesbaden 1972, Anhang „Internationale Übersichten“, S. 29. Vgl. auch Rückert, R.G.: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1985, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11, 1971, S. 667 ff., der im Gegensatz zum Stat. Jahrbuch in seiner Prognose für die BRD einen Wanderungsansatz berücksichtigt.

temberg sind etwas differenzierter und gehen im Hinblick auf die gegenwärtige Unsicherheit über einen eventuellen weiteren Rückgang der Geburtenziffern und unter dem Blickwinkel der Ungewißheit über das Ausmaß der stark politisch und konjunkturell bedingten weiteren Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer von alternativen Prämissen über diese Komponenten der Bevölkerungsentwicklung aus. Nach vorsichtigen Annahmen wird die Einwohnerschaft des Landes bis 1985 um 7,9 % zunehmen, während in der optimistischen Variante der Zuwachs auf 13,3 % geschätzt wird.

Geht man davon aus, daß die tatsächliche Entwicklung etwa in der Mitte zwischen den stark differierenden Extremwerten verläuft, so hätte Baden-Württemberg gemessen am EG-Raum ein etwa mittleres Bevölkerungswachstum zu erwarten.

EWG-Sechser-Gemeinschaft	Großbritannien	Dänemark	Irland	EG-Beitrittsländer	Erweiterte EG insgesamt
1 170,7 161	244,0 228	43,1 114	70,3 42	357,4 178	1 528,1 201
188 920 74,8	55 711 22,1	4 921 1,9	2 944 1,2	63 576 25,2	252 496 100
24 64 12 4,9	24 63 13 4,4	23 65 12 4,6	31 58 11 10,3	26 61 13 4,9	24 64 12 4,9
205,0 9,0	61,2 10,0	5,5 11,6	3,2 8,0	69,8 10,0	274,9 9,0
41 65 60 59	34 <sup>3)</sup> 53 30 <sup>4)</sup> 144	60 108	29 69 37 68	36 53 132	40 62 75
14,7 93	11,6 99	14,1 89	10,4 133	11,6 99	13,9 94
	183	148	192		
1,39 220 199	1,44 <sup>5)</sup> 207 267 284	1,89 219 339 250	1,24 121 104 153	1,22 204 265	1,38 216 215
75 324 41	24 904 46	2 390 49	1 058 39	28 352 46	103 676 42
	32	37			
76 807 1 140	25 421 640	2 390 24	1 134 42	28 945 726	105 752 1 866
1,9	2,7	2,9	7,2	2,8	2,2
	1 801 10 980	56 101	29 1 008	1 886 12 089	
241,9 4 057	73,2 3 145	7,2 3 873	1,7 2 324	82,1 3 175	324,0 3 796

### ... und nur ein mittlerer Rang im Ausbau der Infrastruktur

Die Lebensverhältnisse, die die wachsende Bevölkerung der europäischen Länder antrifft, sind einerseits geprägt durch die Möglichkeiten der privaten Einkommenserzielung und des privaten Konsums, die unten beschrieben werden. Auf der anderen Seite wird in jüngster Zeit in verstärktem Umfang erkannt, daß auch das vorhandene Sozialkapital von entscheidender Bedeutung für die Qualität des Lebens ist. Der jeweilige Ausbau der Infrastruktur kann an dieser Stelle nur an ausgewählten Indikatoren aufgezeigt werden, wobei unterschiedliche institutionelle Gegebenheiten (z. B. unterschiedlicher Aufbau der Schulsysteme) die Vergleichbarkeit einschränken.

Der Entwicklungsstand des Bildungswesens läßt sich vielleicht noch am ehesten an der Zahl der Lehrer je 1000 Schüler vergleichend messen. Nach diesem Maßstab der, das muß betont werden, nur sehr bedingt und nicht als einziges Kriterium herangezogen werden kann, stehen infolge der unterschiedlichen Bildungssysteme die Bundesrepublik und Baden-Württemberg etwa in der Mitte der europäischen Leistungspyramide. Ihre Grund- und Hauptschulen verfügen über ein Potential von 39 (Bundesgebiet) bzw. von 42 (Baden-Württemberg) haupt- und nebenberuflichen Lehrern je 1 000 Schüler, was in etwa dem euro-

päischen Durchschnitt entspricht. Ein wenig besser ist die Situation an den Mittelschulen und Gymnasien, an denen 69 Lehrkräfte im Bundesgebiet und 63 in Baden-Württemberg zur Unterrichtung von 1000 Schülern verfügbar sind, während die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der übrigen europäischen Länder mit Ausnahme von Italien, Luxemburg und Irland weniger gut mit Lehrkräften ausgestattet sind. Berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg 56 bzw. 64 Lehrer je 1000 Schüler. Diese Versorgung ist nicht allzu günstig und wird beispielsweise von Frankreich und Italien bei weitem übertroffen.

An den Wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs lehren rund 75 Dozenten je 1000 immatrikulierte Studenten. Damit ist die Ausstattung mit Hochschullehrern nach Frankreich und Irland am knappsten und wird von Großbritannien und Dänemark entschieden übertroffen. Allerdings ist hier die Vergleichbarkeit der Daten besonders begrenzt.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in Baden-Württemberg liegt die gesundheitliche Versorgung in den Händen von über 16 Ärzten je 10 000 Einwohner. Nach den vorliegenden Daten, die auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens starken Einschränkungen in der Vergleichbarkeit unterliegen, wird dieser relativ hohe Stand nur von Italien übertroffen. Dessen ungeachtet ist die Säuglingssterblichkeit, die oft als Indikator für die Entwicklung des Gesundheitswesens mitherangezogen wird, nur in Italien und Luxemburg noch höher als in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg (236 bzw. 211 je 10 000 Geborenen).

Ein unter infrastrukturellen Gesichtspunkten ähnlich differenziertes Bild errechnet sich für den Verkehr und die Nachrichtenverbindungen. Nach Holland, Luxemburg und Dänemark haben die Bundesrepublik und Baden-Württemberg das dichteste Straßennetz (1,77 bzw. 1,86 Straßenkilometer je qkm Fläche). Im Motorisierungsgrad, der unter dem Aspekt der Umweltbelastung allerdings nicht unproblematisch ist, nimmt Baden-Württemberg die Führungsposition unter den europäischen Ländern ein (291 Pkw je 1000 Einw.), während die Bundesrepublik (234 Pkw je 1000 Einw.) nach Frankreich rangiert. Allerdings sollte der Motorisierungsgrad auch im Zusammenhang mit der Dichte des Straßennetzes gesehen werden. Eine Quote von rund 225 Fernsprechan schlüssen je 1000 Einwohner sichert in der Nachrichtenübermittlung noch einen guten mittleren Rang unter den europäischen Ländern und der Empfang von Informationen über das Medium Fernsehen ist nur den britischen Staatsbürgern noch leichter möglich als der Bevölkerung der Bundesrepublik (262 Fernsehgeräte je 1000 Einw.) und den Einwohnern Baden-Württembergs (246 Fernsehgeräte je 1000 Einw.).

### Beträchtliche Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur

Der in den europäischen Ländern zu beobachtende Wandel der Wirtschaftsstruktur ist seit langem gekennzeichnet durch den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Die Zahl der Arbeitsplätze im „primären Sektor“ Land- und Forstwirtschaft geht, begünstigt durch den Übergang zur kapitalintensiven Wirtschaftsweise, seit Jahrzehnten zurück, wobei im europäischen Vergleich naturgemäß die noch stärker landwirtschaftlich geprägten Länder von der Abnahme an landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen am stärksten betroffen sind. So haben beispielsweise Italien und Dänemark für über ein Viertel der 1965 noch im primären Sektor tätigen Landesbewohner eine neue nichtlandwirtschaftliche Erwerbsgrundlage geschaffen, während in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg die Abnahme des landwirtschaftlichen Arbeitsplatzangebots nur ein mittleres Ausmaß erreichte (18,9 % bzw. 14,6 %). Trotz der beträchtlichen Freisetzungen

von Arbeitskräften sind im Durchschnitt der Europäischen Gemeinschaft auch 1970 noch über ein Zehntel (10,5 %) aller Erwerbstätigen im Primärsektor tätig. Berücksichtigt man, daß diese Arbeitskräfte im Vergleich mit den Erwerbstätigen der übrigen Wirtschaftsbereiche den weitaus geringsten Pro-Kopf-Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leisten, so muß es unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten bedenklich erscheinen, wenn wie in Irland (28,4 %), Italien (19,6 %) und Frankreich (14,2 %) hohe Anteile der Erwerbstätigen in dem vergleichsweise am wenigsten produktiven Primärsektor tätig sind. Demgegenüber zählen die Bundesrepublik (9,0 %) und Baden-Württemberg (7,9 %) zusammen mit den Niederlanden (7,3 %) zu den Ländern mit mittlerem Erwerbstätigenanteil, während in Großbritannien (2,9 %) und Belgien (4,9 %) die zur Freisetzung von Arbeitskräften führenden landwirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse wesentlich weiter fortgeschritten sind.

Im Gegensatz zur Land- und Forstwirtschaft hat das auch als „sekundärer Sektor“ bezeichnete Produzierende Gewerbe im Zuge der anhaltenden Industrialisierung auch in jüngster Zeit noch an Bedeutung gewonnen. Mit Ausnahme von Großbritannien hat die Zahl der in diesem produktivsten Wirtschaftssektor tätigen Arbeitskräfte in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft noch leicht zugenommen, so daß im europäischen Durchschnitt 45,1 % der Erwerbstätigen im Bereich der Grundstoffindustrien, des Verarbeitenden Gewerbes und der Bauwirtschaft eingesetzt sind.

Gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt hat das Produzierende Gewerbe seine höchste Bedeutung in der hochindustrialisierten Bundesrepublik (52,3 %), die von Baden-Württemberg (59,6 %) hinsichtlich des Gewichtes dieses Sektors noch übertroffen wird. Weitere Zentren der Warenproduktion sind Frankreich (47,2 %), Luxemburg (55,6 %) und Großbritannien (44,4 %), während Irland (35,2 %), Dänemark (40,1 %) und Italien (40,5 %) noch am wenigsten industrialisiert sind. In den meisten europäischen Ländern ist der auf das Produzierende Gewerbe entfallende Erwerbstätigenanteil um einige Prozentpunkte niedriger als der Anteil des Wirtschaftssektors am Bruttoinlandsprodukt. Eine Ausnahme bilden Italien, Belgien und Großbritannien, in denen eine vergleichsweise hohe Erwerbstätigenkonzentration zu einer unterdurchschnittlichen Wertschöpfung je Kopf der eingesetzten Arbeitskräfte führt.

Ein sich vor allem in jüngerer Zeit abzeichnender langfristiger Trend ist die Ausdehnung des tertiären Sektors (Dienstleistungsbereich) auf Kosten auch des Produzierenden Gewerbes. Die Differenzierung des Güterangebots im Zuge der fortschreitenden Arbeitsteilung, das Anwachsen der kulturellen Bedürfnisse, der steigende Bedarf an gesundheitlicher Betreuung und der immer vielseitigere Wunsch nach Unterhaltung und Freizeitgestaltung haben immer weiter verzweigte Ein-

richtungen hervorgebracht, die, ohne auf die Erzeugung von Sachgütern gerichtet zu sein, einen Teil der ökonomischen Wertschöpfung bilden. Im Gefolge hat in den europäischen Ländern die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich um einiges stärker zugenommen als im Produzierenden Gewerbe, so daß im europäischen Durchschnitt der Erwerbstätigenanteil des Dienstleistungssektors (44,4 %) 1970 etwa dieselbe Höhe wie der des Produzierenden Gewerbes erreicht hat.

Gemessen am Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ist der Anteil der Dienstleistungen in den Ländern mit hohem Produktionsvolumen und entsprechendem Produktivitätsniveau des Produzierenden Gewerbes am niedrigsten (Bundesrepublik 43,9 % Baden-Württemberg 37,6 %, Frankreich 44,9 %). Hohe Anteile des Dienstleistungssektors verzeichnen diejenigen Staaten, in denen das Produzierende Gewerbe auf Grund seiner unterdurchschnittlichen Produktivität keinen entsprechenden hohen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt zu leisten vermög (Italien 49,3 %, Belgien 53,0 %, Großbritannien 52,5 %). Einen relativ stark entwickelten Dienstleistungsbereich weisen auch Dänemark (52,0 %) und Irland (47,0 %) auf, in denen die industrielle Produktion von Sachgütern wegen des hohen Kapitalbedarfs je Arbeitsplatz nur allmählich entwickelt werden kann, während eine ganze Reihe von Dienstleistungszweigen nur einen geringen Kapitalaufwand je Kopf erfordert.

### Höchste Erwerbsquote

Wirtschaftliche Erfolge haben zum Teil ihre Ursache in der Größe des verfügbaren Arbeitskräftepotentials, in dessen absoluter Höhe eindeutig die Bundesrepublik (27,0 Mill.) vor Großbritannien (25,4 Mill.), Frankreich (21,4 Mill.) und Italien (19,6 Mill.) führt. Baden-Württemberg liegt mit rund 4,2 Mill. Erwerbspersonen noch vor Belgien (3,9 Mill.), dessen Einwohnerschaft um annähernd 0,8 Mill. größer ist. Auch hat beispielsweise Frankreich im Vergleich mit Italien trotz eines Bevölkerungsrückstandes von 3,7 Mill. Personen rund 1,9 Mill. mehr Arbeitskräfte im wirtschaftlichen Leistungsprozeß eingesetzt. Das verfügbare Arbeitskräfte-reservoir ist also nicht nur von der absoluten Größe der Bevölkerung abhängig, sondern auch vom Grad ihrer aktiven Beteiligung am Erwerbsleben, der in der Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung) zum Ausdruck kommt und zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft relativ stark schwankt. Die höchste Erwerbsbeteiligung hat Baden-Württemberg (47 %), es folgen Großbritannien (46 %), die Bundesrepublik (44 %) und Frankreich (42 %)<sup>3</sup>. Am unteren Ende der Rang-

<sup>3</sup> Die außergewöhnlich hohe Erwerbsquote Dänemarks (49 %) spiegelt nur die besondere Situation des Jahres 1970 wider: Eine Steuerreform machte 1970 das Berufsleben durch Befreiung von Lohnsteuer besonders attraktiv.

Tabelle 2  
Erwerbstätige und Wertschöpfung<sup>1)</sup> der Wirtschaftssektoren in den EG-Ländern 1970

Land	Land- und Forstwirtschaft			Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereich		
	Erwerbstätige		Anteil am BIP	Erwerbstätige		Anteil am BIP	Erwerbstätige		Anteil am BIP
	Anteil	Veränderung 1970/1965		Anteil	Veränderung 1970/1965		Anteil	Veränderung 1970/1965	
	%								
Bundesrepublik .....	9,0	-18,9	3,8	49,6	+0,2	52,3	41,4	+ 5,1	43,9
darunter									
Baden-Württemberg .....	7,9	-14,6	2,8	54,7	+6,3	59,6	37,4	+ 4,0	37,6
Frankreich .....	14,2	-18,1	5,9	40,6	+7,8	47,2	45,2	+13,4	44,9
Italien .....	19,6	-25,7	10,3	43,7	+6,2	40,5	36,7	+ 8,8	49,3
Niederlande .....	7,3		6,2	41,2		42,0	51,5		51,8
Belgien .....	4,9	-11,3	4,4	44,7	+2,1	42,5	50,4	+ 9,0	53,0
Luxemburg .....	11,1	-15,8	4,9	46,5	+6,3	55,6	42,4	+ 7,0	39,5
Großbritannien .....	2,9	-19,1	3,1	47,0	-2,9	44,4	50,1	+ 0,2	52,5
Dänemark .....	11,9	-29,4	7,9	38,5	+3,5	40,1	49,6	+10,4	52,0
Irland <sup>2)</sup> .....	28,4		17,8	29,7		35,2	41,9		47,0

<sup>1)</sup> Anteile am Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Baden-Württemberg und Frankreich Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen). - <sup>2)</sup> 1969.

skala liegen Italien und Holland mit nur 37 % bzw. 36 % berufstätiger Bevölkerung. In diesen Quoten spiegelt sich neben allgemeinen demographischen Faktoren (z.B. Altersstruktur, durchschnittliche Schulbesuchsdauer und Ausmaß der Ausländerbeschäftigung) vor allem die länderweise differierende Integration der Frau in das Berufsleben wider, die ihren Niederschlag in den stark unterschiedlichen Erwerbsquoten der Frauen (Baden-Württemberg 35 %, Italien 19 %) findet.

In diesem Zusammenhang kommt auch dem Problem konjunkturell und strukturell bedingter Arbeitslosigkeit, das gegenwärtig nur in einem Teil der europäischen Länder gelöst scheint, Bedeutung zu. Niedrige Arbeitslosenquoten haben Luxemburg, Baden-Württemberg (0,2 %), die Bundesrepublik (0,7 %) die Niederlande (1,1 %) und allenfalls noch Frankreich (1,6 %) aufzuweisen. Für die übrigen europäischen Staaten bedeutet die Arbeitslosigkeit, die eine Größenordnung von jeweils etwa 3 % (Irland sogar über 7 %) hat, ein nicht zu unterschätzendes konjunktur- und beschäftigungspolitisches Problem.

### **Baden-Württemberg mit höchstem Pro-Kopf-Einkommen**

Die Produktivität des eingesetzten Arbeitskräftepotentials ist zum einen das Ergebnis des Zusammenspiels der Produktionsfaktoren (Arbeitseinsatz, Kapitalausstattung, technischer Entwicklungsstand und unternehmerische Leistungen) und insoweit ein Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Für einen multinationalen Vergleich muß jedoch das in jeweiligen Landeswährungen ausgedrückte Produktionsergebnis mit dem Wechselkurs bewertet werden, so daß die auf Dollar-Basis umgerechneten Werte der Arbeitsproduktivität auch die Unter- oder Überbewertungen einzelner Währungen widerspiegeln. Unter dieser Einschränkung, die im übrigen auch für die unten angestellten Einkommensvergleiche gilt, erreicht Frankreich das höchste Produktionsergebnis je Erwerbstätigen<sup>4</sup> (7027 Dollar), dicht gefolgt von Baden-Württemberg (6948 Dollar) und der Bundesrepublik (6886 Dollar). Ein etwas geringeres Produktivitätsniveau verzeichnen Belgien (6753 Dollar), Holland (6675 Dollar) und Dänemark (6576 Dollar), während Großbritannien (4776 Dollar), Italien (4711 Dollar) und vor allem das wirtschaftlich zurückgebliebene Irland (3549 Dollar) einen deutlichen Rückstand in der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität aufweisen.

Das relativ hohe Produktivitätsgefälle schlägt sich – verstärkt durch die oben dargestellten unterschiedlichen nationalen Erwerbsquoten – in Einkommensunterschieden nieder. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen<sup>5</sup> im EG-Raum genießen die Einwohner Baden-Württembergs (3222 Dollar je Einwohner), die mit ihrer Arbeitsproduktivität mit an der Spitze der europäischen Leistungspyramide liegen und gleichzeitig die zweit-höchste Erwerbsbeteiligung (47 %) haben<sup>6</sup>. Der Lebensstandard der dänischen Staatsbürger (3163 Dollar) ist beinahe gleich hoch, denn ihre mittlere Arbeitsproduktivität wird kompensiert durch die derzeitige höchste Erwerbsbeteiligung unter den EG-Ländern (49 %). Demgegenüber wird das nicht sehr viel geringere Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik (3028 Dollar) vor allem durch den hohen Produktivitätsstand bei vergleichsweise wesentlich geringerem Umfang der Berufstätigkeit (44 %) erreicht. Mit einem merklich niedrigerem Jahreseinkommen müssen die Franzosen (2906 Dollar), Belgier (2656 Dollar) und Niederländer (2398 Dollar) auskommen, die zwar eine ähnliche hohe Arbeitsproduktivität haben, sich aber in noch weit geringerem Ausmaß am Erwerbsleben

beteiligen. Briten und Italiener müssen auf Grund des niedrigeren Produktivitätsniveaus und des relativ geringeren Anteils des Produzierenden Gewerbes ihren Lebensunterhalt mit bescheidenen 2175 bzw. 1710 Dollar bestreiten, und die Bürger der Irischen Republik, deren Wirtschaft noch nicht voll Anschluß an die industrielle Produktionsweise gefunden hat, leben bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1321 Dollar für westeuropäische Verhältnisse in relativer Armut.

Ebenso wichtig wie die Höhe des Einkommens ist dessen Verteilung auf die sozialen Gruppen, wobei unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten die Entlohnung der Arbeitnehmerschaft von besonderem Interesse ist. Dabei gilt zu berücksichtigen, daß das Lohnniveau sowohl den Produktivitätsstand der Wirtschaft als auch die Arbeitsmarktsituation und die Wirtschaftsstruktur widerspiegelt. So hat beispielsweise Baden-Württemberg zwar nur die dritthöchste Produktivität, aber mit als Folge der angespannten Arbeitsmarktlage und des hohen Anteils des Produzierenden Gewerbes das höchste Lohnniveau (4490 Dollar je Arbeitnehmer) unter den europäischen Ländern. Ähnliches gilt für die Niederlande, die im Produktivitätsstand auf dem fünften Platz rangieren, aber das zweithöchste Lohnniveau (4439 Dollar je Arbeitnehmer) aufweisen. Ebenso beziehen die Arbeitnehmer der Bundesrepublik teilweise auf Grund der Knappheit an Arbeitskräften das dritthöchste Einkommen (4301 Dollar), während ihre französischen Kollegen trotz höherem Produktionsergebnis je Kopf weniger verdienen (4264 Dollar).

### **Vergleich von Wachstum und Preisentwicklung**

In der Diskussion um die wirtschaftliche Entwicklung gewinnen neben dem reinen Wachstumsaspekt Fragen der Infrastruktur und Umweltgestaltung sowie neuerdings insbesondere Probleme der Preisentwicklung an Gewicht. Die Gegenüberstellung der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts einerseits und der Verbraucherpreise andererseits in den sechziger Jahren (1963 bis 1970) ergibt interessante Hinweise auf die unterschiedliche Entwicklung beider Indikatoren in den einzelnen Ländern. So weist Baden-Württemberg in diesem Zeitraum die weitaus größte Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes (59,6 %) und gleichzeitig den geringsten Anstieg der Verbraucherpreise (20,1 %) im EG-Raum auf. Demgegenüber verzeichnen die Niederlande und Frankreich, die durch eine starke Expansion des Investitionsvolumens die nächsthöchsten Wachstumsraten (49,9 % bzw. 47,5 %) unter den EG-Ländern erreicht haben, relativ hohe Preisauftriebsraten (36,8 % bzw. 32,4 %). Allerdings ist der Anstieg des Preisniveaus in Italien und Dänemark (27,3 % und 44,9 %) ähnlich hoch, obwohl diese Länder nur mit mittlerer Wachstumsgeschwindigkeit (42,6 % und 42,1 %) expandieren. Eine ansehnliche Preisauftriebsrate (33,5 %) verzeichnet auch Großbritannien trotz stagnierendem Wachstum (21,0 %), während die Bundesrepublik und Belgien zumindest bis 1970 dem Ziel der Geldwertstabilität vergleichsweise näher gekommen sind (20,9 % bzw. 24,3 %) und gleichzeitig ansehnliche Wachstumsfortschritte (41,2 % bzw. 39,0 %) erzielt haben.

In jüngerer Zeit bahnen sich allerdings Änderungen in diesen Entwicklungen an. So haben die Wachstumsunterschiede zwischen den EG-Ländern etwa seit 1967 kontinuierlich abgenommen und auch die Preisauftriebsraten gleichen sich immer stärker an. Wie auch der Sachverständigenrat in seinem neuesten Jahresgutachten mehrfach hervorhebt<sup>7</sup>, zeigt sich trotz der national unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen etwa seit 1967 ein zunehmender konjunktureller Verbund der

<sup>4</sup> Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

<sup>5</sup> Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (für Baden-Württemberg geschätzt)

<sup>6</sup> Allerdings kann als sicher unterstellt werden, daß z. B. auch in Regionen der anderen Mitgliedstaaten, wie übrigens auch in weiteren Regionen der Bundesrepublik, ähnlich hohe oder noch höhere Pro-Kopf-Einkommen erzielt werden.

<sup>7</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1972, Bonn 1972, S. 10 f., S. 19 ff., S. 31 ff., S. 39 f.

Tabelle 3  
Wirtschaftliche Strukturdaten 1970

Merkmal	Einheit	Bundesrepublik	Baden-Württ.	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Dänemark	Irland
Produktionsniveau											
BIP insgesamt <sup>1)</sup>	Mrd. US-Dollar	186,7	28,7	147,3	92,7	31,2	25,5	(1,0)	119,8	15,6	3,8
je Erwerbstätigen	US-Dollar	6886	6948	7027	4711	6675	6753	(6995)	4776	6576	3549
Herstellung ausgew. Erzeugnisse											
Getreide	1000 t	17297	1938	31525	16198	1369	1518	122	13153	6354	1391
Zement	1000 t	38325	7440	28858	33121	3830	6456	250	17052	2604	856
Elektrizität	Mrd. kWh	243	24	152	115	41	29	2	231	19	6
Rohstahl	1000 t	45041	642	23774	17277	5030	12607	5462	28315	473	80
Pkw	1000	3132	460	2245	1707	67	245		1594		
Fernsehgeräte	1000	2936	789	1511	2030		505		2213		
Entwicklung											
Produktion <sup>2)</sup>	1963 = 100	141,2	159,6	147,5	142,6	149,9	139,0	(130,3)	121,0	142,1	129,3
Produktivität <sup>3)</sup>	1963 = 100	139,3	155,2	139,7	146,0	132,3	137,3	(122,9)	121,7	128,3	129,3
Investitionen <sup>4)</sup>	1963 = 100	146,1		177,4	122,2	173,5	140,9	(97,5)	140,2	170,5	172,6
Pro-Kopf-Einkommen <sup>5)</sup>											
Stand	US-Dollar	3028	3222	2906	1710	2398	2656	2929	2175	3163	1321
Reale Steigerung <sup>6)</sup>	1963 = 100	132,1		139,1	135,1	136,0	133,6	124,9	116,4	134,9	125,4
Löhne											
Stand <sup>7)</sup>	US-Dollar	1,77	1,73	1,20	1,10	1,42	1,44	1,82	1,55	1,93 <sup>8)</sup>	1,02
Entwicklung <sup>9)</sup>	1962 = 100	185	185	187	172 <sup>10)</sup>	203	190	184	182	201	214
Preisentwicklung											
Großhandelspreise	1962 = 100	108		128	125	127	121		131	132	139
Lebenshaltung	1962 = 100	124	123	137	138	146	131	127	138	157	149

Quellen: SAEG: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960-1970, Brüssel 1971.

Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, Stuttgart und Mainz 1972.

<sup>1)</sup> Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. - <sup>2)</sup> Reales Bruttoinlandsprodukt (Preise und Wechselkurse von 1963, Baden-Württemberg Preise von 1962). - <sup>3)</sup> Reales Bruttoinlandsprodukt (Preise und Wechselkurse von 1963) je Erwerbstätigen. - <sup>4)</sup> Bruttoanlageinvestitionen. - <sup>5)</sup> Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (für Baden-Württemberg geschätzt). - <sup>6)</sup> In Preisen und Wechselkursen von 1963. - <sup>7)</sup> Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter in der Industrie. - <sup>8)</sup> Durchschnittliche Bruttoverdienste männlicher und weiblicher Arbeiter in der Industrie. - <sup>9)</sup> männliche und weibliche. - <sup>10)</sup> 1969.

EG-Länder, der ab 1970 zu einem starken Angleich der Preisauftriebsraten auf hohem Niveau (Anstieg der Verbraucherpreise 1972 zwischen 5 und 6 Prozent, Niederlande 7,5 %) bei gleichzeitig unbefriedigendem Wachstum (Zuwachsraten 1972 zwischen 3 und 4 Prozent, Frankreich 5,5 Prozent) geführt hat. Auch die Bundesrepublik und Baden-Württemberg sind sehr stark in diese Entwicklung hineingezogen worden. Demnach spricht einiges dafür, daß die Unternehmen aufgrund der Interdependenz der Löhne und der vielseitigen Verflechtung der Märkte den EG-Raum zunehmend als einheitliches Wirtschaftsgebiet auffassen und immer schneller und direkter auf Nachfrageänderungen in den Partnerländern reagieren, so daß der Konjunkturverbund der Gemeinschaft enger wird<sup>7)</sup>. Damit verengt sich der Rahmen, innerhalb dessen ein einzelnes Land eine von den Partnerländern abweichende Wachstums- und Stabilisierungspolitik betreiben kann, während gleichzeitig der Bedarf an gemeinsamem wirtschaftspolitischen Handeln zunimmt. Unter diesen Umständen wird die baldige Realisierung der in den Grundsatzbeschlüssen über die stufenweise Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehenen Koordinierung der Geld-, Kredit-, Konjunktur- und Haushaltspolitik besonders dringlich

### Intensivierung der Handelsbeziehungen zu erwarten

Während bisher die Heterogenität des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges der erweiterten EG dargestellt wurde, soll im folgenden versucht werden, einige der durch den Beitritt der drei neuen Mitgliedsländer zu erwartenden ausenwirtschaftlichen Konsequenzen aufzuzeigen. Nach den Vereinbarungen des Beitrittsabkommens werden die drei neuen EG-Staaten die im Warenverkehr mit der Sechsergemeinschaft bislang noch bestehenden Zölle um jährlich 20 % herabsetzen und parallel dazu ihre Außenzölle dem gemeinsamen Außenzolltarif anpassen, bis 1977 auch die Beitrittsländer mit der Abschaffung aller Zölle in die Zollunion voll integriert sind, die die ehemalige Sechsergemeinschaft bereits 1968 verwirklicht hatte. Der schrittweise Abbau der Zollsätze für gewerbliche Erzeugnisse sowie der Abbau ande-

rer Handelshemmnisse, zu der sich die neuen EG-Partner verpflichtet haben, läßt eine Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen allen beteiligten Ländern erwarten. Im folgenden soll untersucht werden, welche Auswirkungen für den Außenhandel Baden-Württembergs damit verbunden sein können.

Von der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs, die sich für 1972 auf rund 26,5 Mrd. DM beziffert, entfallen 36,6 % auf die Länder der bisherigen Sechsergemeinschaft und nur 6,1 % auf die drei Beitrittsländer (Großbritannien 4,2 %, Dänemark 1,6 %, Irland 0,3 %). Damit nehmen die Länder der erweiterten EG zusammen knapp 43 % der Exporte Baden-Württembergs auf.

Eine Aufgliederung der Einfuhren läßt ähnliche Relationen erkennen. Von den Waren im Wert von insgesamt 18,0 Mrd. DM, die Baden-Württemberg 1972 aus dem Ausland bezog, stammen 53,1 % aus den Ländern der bisherigen Sechsergemeinschaft und lediglich 3,2 % (Großbritannien 2,6 %, Dänemark 0,5 %, Irland 0,2 %) aus den neuen Mitgliedsstaaten, so daß die erweiterte EG rund 56 % aller eingeführten Waren liefert.

Bereits diese wenigen Zahlen zeigen, daß die neuen Mitglieder als Handelspartner Baden-Württembergs gegenwärtig noch von geringer Bedeutung sind. Zusammen beziehen sie aus Baden-Württemberg Erzeugnisse im Wert von 1624 Mill. DM und damit nur etwas mehr als Belgien/Luxemburg und rund ein Fünftel weniger als die Niederlande. Noch weniger Gewicht kommt den drei neuen Mitgliedern als Lieferländer zu. Der Wert ihrer in Baden-Württemberg eingeführten Waren (575 Mill. DM) erreicht etwa 40 % der Einfuhren aus Belgien/Luxemburg bzw. aus den Niederlanden.

Nach den Erfahrungen, die mit der Gründung des Gemeinsamen Marktes im Jahre 1958 gemacht wurden, kann vermutet werden, daß diese zur Zeit noch geringen Austauschbeziehungen erhebliche „Handelsreserven“ enthalten, insbesondere im Hinblick auf Großbritannien. So hat - wie ein Vergleich der zeitlichen Entwicklung der Ausfuhren in die EG- und in die Nicht-EG-Länder zeigt - Baden-Württemberg seit Gründung der EG seine Exporte in die Gemeinschaftsländer ständig weitaus stärker gesteigert als die Lieferungen an die übrige Welt. Für den Zeitraum von 1958 bis 1972 errechnet sich

Tabelle 4  
**Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland und Baden-Württembergs<sup>1)</sup>**  
**nach Herstellungs- und Verbrauchsländern 1972**

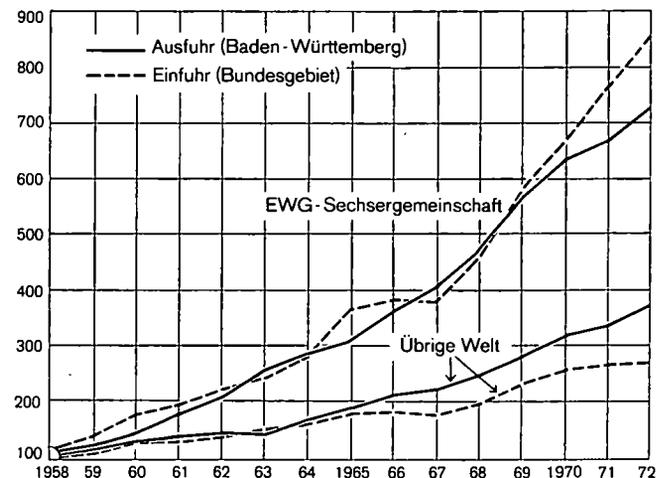
Herstellungsland – Verbrauchsländ	Einfuhr					Ausfuhr				
	Baden-Württemberg (Generalhandel)			Bundesrepublik (Spezialhandel)		Baden-Württemberg (Spezialhandel)			Bundesrepublik (Spezialhandel)	
	Mill. DM	%	Anteil <sup>2)</sup> am Bund %	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Anteil am Bund %	Mill. DM	%
Frankreich .....	3 765,2	20,9	20,7	18 157,0	14,1	3 996,9	15,1	20,6	19 407,5	13,0
Italien .....	2 924,4	16,2	21,0	13 898,5	10,8	2 327,4	8,8	18,5	12 555,5	8,4
Niederlande .....	1 484,1	8,2	8,4	17 583,6	13,6	1 977,2	7,4	13,0	15 174,7	10,2
Belgien-Luxemburg .....	1 398,5	7,8	10,8	12 964,0	10,1	1 404,4	5,3	11,4	12 296,1	8,3
EG-Sechsergemeinschaft zus. ....	9 572,2	53,1	15,3	62 603,1	48,6	9 705,9	36,6	16,3	59 433,8	39,9
Großbritannien .....	461,4	2,5	10,1	4 583,0	3,6	1 121,1	4,2	15,9	7 046,4	4,7
Dänemark .....	86,2	0,5	5,1	1 684,5	1,3	430,6	1,6	14,4	2 981,2	2,0
Irland .....	27,1	0,2	9,9	274,8	0,2	71,8	0,3	14,9	481,8	0,3
EG-Beitrittsländer zusammen .....	574,7	3,2	8,8	6 542,3	5,1	1 623,5	6,1	15,4	10 509,4	7,0
Erweiterte EG zusammen .....	10 146,9	56,3	14,7	69 145,4	53,7	11 329,4	42,7	16,2	69 943,2	46,9
EFTA-Länder (ohne Großbritannien und Dänemark) .....	2 565,9	14,2	22,5	11 401,3	8,9	5 450,3	20,5	22,4	24 299,0	16,3
Ostblockländer .....	339,0	1,9	6,9	4 948,9	3,8	872,3	3,3	12,3	7 102,0	4,8
Übriges Europa (ohne Rep. Irland) .....	810,4	4,5	14,6	5 564,2	4,3	1 730,8	6,5	18,1	9 558,5	6,4
Afrika .....	1 154,7	6,4	14,8	7 792,6	6,1	987,3	3,7	17,3	5 723,2	3,8
Amerika .....	1 774,2	9,8	10,0	17 685,8	13,7	4 203,6	15,8	19,7	21 381,9	14,3
Asien .....	1 187,1	6,6	10,9	10 850,7	8,4	1 699,8	6,4	17,9	9 470,5	6,4
Australien und Ozeanien .....	46,8	0,3	3,7	1 252,5	1,0	261,9	1,0	21,7	1 207,2	0,8
Schiffsbedarf usw. ....	–	–	–	112,1	0,1	–	–	–	319,0	0,2
Nicht ermittelte Länder .....	–	–	–	0,0	–	–	–	–	0,1	–
<b>Insgesamt .....</b>	<b>18 025,0</b>	<b>100</b>	<b>14,0</b>	<b>128 753,5</b>	<b>100</b>	<b>26 535,4</b>	<b>100</b>	<b>17,8</b>	<b>149 004,6</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse. – <sup>2)</sup> Anteil der Einfuhr (Generalhandel) Baden-Württembergs an der Einfuhr (Spezialhandel) der Bundesrepublik.

eine Zunahme der EG-Lieferungen um 583 % (BRD: 528 %) bei einem Zuwachs der Nicht-EG-Ausfuhren um 286 % (BRD: 225 %). Die Entwicklung der Einfuhren des Landes läßt sich nicht von 1958 an verfolgen, da Einfuhrwerte für die Bundesländer erst seit 1970 ermittelt werden. Betrachtet man ersatzweise die Entwicklung auf der Ebene der Bundesrepublik, so zeigt sich eine kräftige Steigerung der EG-Importe um 756 % bei einer Zunahme der Einfuhren aus der übrigen Welt um nur 167 %. (Schaubild 2).

Die Ursachen dieser Entwicklung<sup>8</sup> liegen zum Teil in den mit einer Zollunion verbundenen handelschaffenden und handelsablenkenden Effekten. So führt der Wegfall der innergemeinschaftlichen Zollschranken voraussichtlich dazu, daß die drei neuen EG-Partner eigene, relativ teuer zu erstellende Erzeugnisse durch vergleichsweise billiger produzierte Waren der Partnerländer ersetzen, so daß völlig neue Handelsgeschäfte die Handelsströme anschwellen lassen (trade creation). Demgegenüber führt die Zollbelastung des gemeinsamen Außenzolltarifs in Verbindung mit der Zollfreiheit im innergemeinschaftlichen Warenaustausch dazu, daß die Beitrittsländer ihren Handel mit Drittländern durch innergemeinschaftlichen Handel ersetzen (trade diversion). Derartige Auswirkungen scheinen sich bereits in der jüngsten Außenhandelsentwicklung, ins-

Schaubild 2  
**Die Entwicklung des Außenhandels seit Gründung der EWG<sup>\*</sup>**  
 1958 = 100



<sup>8</sup> Vgl. dazu: „Die Modelle der Integrationstheoretiker“ (ohne Verfasserangabe), in: Die Wirtschaftswoche, Nr. 42, Okt. 1972, S. 30 ff., Berg, H.: Die EWG nach einem Beitritt Großbritanniens, in: Wirtschaftsdienst, 1971, Heft VIII, S. 407 ff.; Derselbe: Zur Messung wirtschaftlicher Erfolge der EWG als Zollunion, in: Wirtschaftsdienst, 1966, Heft V, S. 257 ff.; Wagner, A.: Die Handelspolitik der EWG, in: Der Bürger im Staat, 22. Jg., 1972, Heft 4

<sup>\*</sup> Da Einfuhrwerte auf der Ebene von Bundesländern erst ab 1970 vorliegen, bezieht sich die Einfuhrentwicklung auf die Bundesrepublik, während die Zunahme der Ausfuhren für Baden-Württemberg dargestellt ist.

besondere der Ausfuhr, abzuzeichnen. Von Januar 1972 bis Januar 1973, also schon vor dem Inkrafttreten der Beitrittsabkommen, stiegen die Ausfuhr in die drei Beitrittsländer um 57 %, womit sie erheblich über der Zunahme der Exporte um 35 % in die bisherigen EG-Länder lagen. Erste, als Ankündigungseffekte zu deutende Auswirkungen haben sich schon 1971 angebahnt. Während der Wert der in die drei neuen Mitgliedsländer exportierten Erzeugnisse um 19 % zunahm stieg er im Hinblick auf die ursprünglichen EG-Länder um 9 %.

Eine weitere und auf lange Sicht vermutlich die wichtigere Ursache für die Ausweitung der Handelsbeziehungen ist in den dynamischen Impulsen zu sehen, die von einer Liberalisierung des Warenaustausches auf die Entwicklung der beteiligten Volkswirtschaften ausgehen. Diese Impulse wirken über eine Vielzahl von Faktoren wie beispielsweise dem vermehrten Umfang grenzüberschreitender Investitionen, der verstärkten Arbeitsteilung und der intensiveren Wettbewerbssituation, der Möglichkeit, in großen Serien zu produzieren und das technische know how schneller zu übertragen.

Während die Richtung der Auswirkungen der Gesamtheit dieser Effekte zu bestimmen ist, kann über das Ausmaß der zu erwartenden Handelsintensivierung wenig gesagt werden. Besonders nahe liegt naturgemäß die Frage, ob die Entwicklung ähnlich stark und nachhaltig sein wird wie im Falle der Gründung der EG. In diesem Zusammenhang sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Zeitpunkt des Markteintritts von einiger Bedeutung ist. Hier hatten die ursprünglichen EG-Länder eine günstigere Ausgangssituation. Weiterhin ist zu bedenken, daß mit dem Inkrafttreten der zwischen der erweiterten EG und den restlichen EFTA-Staaten abgeschlossenen Freihandelsabkommen auch die Handelsströme zwischen Baden-Württemberg und den drei Beitrittsländern tangiert werden.

### Wettbewerbssituation der Industriezweige unterschiedlich tangiert

Die Wettbewerbssituation der Industriezweige ist für alle Länder und Produkte von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmt, von denen die Zollsätze nur eine, wenn auch bedeutsame Einflußgröße sind. Ihr vorgesehener schrittweiser Abbau wird für die Handelsbeziehungen der einzelnen Branchen unterschiedliche Auswirkungen haben. Einerseits können dadurch für die gewerblichen Erzeugnisse Baden-Württembergs neue Märkte und Absatzchancen erschlossen werden. Auf der anderen Seite dürfte jedoch durch den vorgesehenen Wegfall des gegenüber den Beitrittsländern bislang noch gültigen EG-Außenzolltarifs mit verstärktem Wettbewerb dieser Anbieter auf den Märkten der Sechsergemein-

schaft zu rechnen sein, so daß per Saldo die Marktstellung des in Baden-Württemberg ansässigen Gewerbes sowohl gestärkt als auch geschwächt werden kann. Der folgende Vergleich zwischen den beiderseits abzubauenen Zollsätzen soll Hinweise darauf geben, wie die von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmte Wettbewerbssituation der einzelnen Industriezweige von dem künftigen Wegfall dieser spezifischen Einflußgröße voraussichtlich tangiert wird<sup>9</sup>. Dabei beschränkt sich die Untersuchung im wesentlichen auf solche Erzeugnisse und damit verbundene Industrien Baden-Württembergs, die im Warenaustausch mit dem Ausland Bedeutung haben.

Der *Maschinenbau* und die *Elektrotechnische Industrie*, die als zwei der exportstärksten Wirtschaftszweige des Landes 1972 über zwei Fünftel (43 %) der gesamten EG-Ausfuhr auf sich vereinigten, werden künftig auf einen Zollschutz mittlerer Größenordnung (7,5 % bzw. 8,2 %) verzichten müssen und damit vor allem einer stärkeren Konkurrenz britischer Anbieter ausgesetzt sein. Davon dürfte insbesondere der *Maschinenbau* berührt werden, denn britische Firmen sind bereits heute bis in den Markt Baden-Württembergs vorgedrungen und liefern annähernd ein Fünftel der aus den EG-Ländern bezogenen Maschinen. Im Zuge der Zollharmonisierung wird allerdings Großbritannien eine Zollprotektion abbauen müssen, die durchschnittlich um 1,5 (Maschinenbau) bzw. 3,0 (Elektrotechnik) Prozentpunkte über dem EG-Tarif liegt, so daß Baden-Württembergs Hersteller ihre starke Stellung auf dem britischen Markt weiter ausbauen und zudem von den verbesserten Absatzchancen auf den noch weniger erschlossenen dänischen und irischen Märkten profitieren können. Für den Produktionsbereich *Fahrzeuge* werden im Rahmen der innergemeinschaftlichen Zollharmonisierung mit Ausnahme Irlands Zollschränken von etwa gleicher Höhe beseitigt (EG 7,2 %, Großbritannien 6,6 %, Dänemark 3,8 %). Damit wird der exportstarke Fahrzeugbau Baden-Württembergs etwa im selben Umfang begünstigt wie die britischen und dänischen Anbieter, die auf den EG-Märkten bislang eine noch vergleichsweise schwache Position einnehmen. Die *Chemische Industrie* wird im Rahmen des EG-Außenzolltarifs gegenüber den neuen EG-Partnern mit dem relativ hohen Zollsatz von durchschnittlich 10,9 % geschätzt. Durch den künftigen Wegfall dieser Handelsbarrieren zeichnet sich ein Wettbewerbsnachteil auf den Märkten der Sechsergemeinschaft ab, der bei den besonders stark geschützten chemischen Grundstoffen und Verbindungen (11,1 %), den medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (12,3 %) sowie beim Produktbereich

<sup>9</sup> Vgl. dazu Neu, A.: Zur Wettbewerbsfähigkeit der Industriebranchen im Zuge der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, in: Die Weltwirtschaft, 1972, Heft 1, S. 79 ff.

Tabelle 5  
Außenhandel Baden-Württembergs und der Bundesrepublik seit Gründung der EG

Gebiet Jahr	Einfuhr (Generalhandel <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>				Ausfuhr (Spezialhandel)					
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		
		EG-Länder	übrige Welt		EWG-Länder	übrige Welt				
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		
<b>Baden-Württemberg</b>										
1958 .....	-	-	-	-	5 780,7	1 338,6	23,2	4 442,1	76,8	
1972 .....	18 025,0	9 572,2	53,1	8 452,8	46,9	26 535,4	9 705,9	36,6	16 829,5	63,4
<b>Bundesgebiet</b>										
1958 .....	32 097,4	7 311,8	22,8	24 785,6	77,2	36 998,1	9 465,4	25,6	27 532,7	74,4
1972 <sup>3)</sup> .....	128 753,5	62 603,1	48,6	66 150,4	51,4	149 004,6	59 433,8	39,9	89 570,8	60,1

<sup>1)</sup> Für Bundesländer liegen Einfuhrwerte erst ab 1970 vor. - <sup>2)</sup> Generalhandel: Die Waren werden für das erste Zielland und nicht wie beim Spezialhandel für das endgültige Ver- und Gebrauchsland gemeldet. - <sup>3)</sup> Einfuhr Bundesgebiet 1972 als Spezialhandel.

Tabelle 6  
Ausfuhr und Einfuhr nach den wichtigsten Waren 1972

Warenbezeichnung	Ausfuhr		Einfuhr	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Ausfuhr insgesamt	26 531,5	100	18 026,8	100
darunter:				
Maschinen insgesamt	7 643,9	28,8	1 860,8	10,3
Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge	4 973,1	18,7	1 332,7	7,4
Elektrotechn. Erzeugnisse	3 739,0	14,1	1 254,9	7,0
Textilien	1 862,1	7,0	2 032,6	11,3
Chem. Erzeugnisse	1 788,3	6,7	1 598,0	8,9

Kunststoffe, Zellulose und Kunstharze (14,6 %) das höchste Ausmaß erreicht. Allerdings werden Großbritannien und Irland im Bereich der chemischen Industrie durchschnittlich noch höhere Zollbarrieren (12,7 % bzw. 12,6 %) abbauen, so daß auf diesen Märkten die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie Baden-Württembergs verbessert wird. Auch die *Textilindustrie*, die in der EG zu den am stärksten geschützten Bereichen gehört (13 %), wird durch den Abbau dieser Einfuhrschranken einem verstärkten Wettbewerbsdruck auf den EG-Märkten ausgesetzt sein. Dies fällt insbesondere deshalb ins Gewicht, weil die gesamte Einfuhr an Textilien im Jahr 1972 die Ausfuhr übertraf. Allerdings waren die Märkte Großbritanniens (17,2 %) und Irlands (36,7 %) bisher noch stärker geschützt.

Interessant sind auch Hinweise auf die veränderte Außenhandelsituation einiger für Baden-Württemberg typischer Produkte und Industriezweige. So sind von der EG-Erweiterung die *Bekleidungs- und Schuhindustrie* stark betroffen, die bislang eine außergewöhnlich hohe Zollprotektion genießen (14,3 bzw. 11,9 %). Mit Ausnahme von Großbritanniens Zollschutz für Schuhe liegen allerdings die durchschnittlichen Zölle der Beitrittsländer noch wesentlich darüber, so daß sich mit dem Abbau der Einfuhrbarrieren auf allen Märkten die Wettbewerbssituation verschärfen dürfte. Die *feinmechanische und optische einschließlich der Uhrenindustrie* sieht sich dem Verlust des relativ hohen Zollschutzes von durchschnittlich 9,1 % gegenüber. Als Ausgleich erhält sie einen wesentlich verbesserten Zugang zum britischen Markt (13,0 %), während die Beseitigung der niedrigen dänischen Zölle (1,9 %) nicht ins Gewicht fällt und die Aufnahmefähigkeit des irischen Marktes sehr begrenzt sein dürfte.

Demgegenüber wird der Produktbereich *Leder, Lederwaren und zugerichtete Felle* vom Außenzolltarif der Sechsergemeinschaft nur mit 4,0 % geschützt, so daß Baden-Württembergs Hersteller kaum einen Verlust an Marktanteilen zu befürchten haben. Die abzuschaffende Zollprotektion der Beitrittsländer ist wesentlich höher (Großbritannien 11,0 %, Dänemark 4,5 %, Irland 31,6 %), so daß die lederverarbeitende Industrie von den EG-Beitritten voraussichtlich insgesamt profitieren kann. Die Wettbewerbsposition der *holzverarbeitenden Industrie* dürfte durch die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes nicht sehr tangiert werden, da die Zölle der Sechsergemeinschaft und der Beitrittsländer jeweils im mittleren Bereich liegen. Demgegenüber wird die *papierverarbeitende Industrie* durch den Abbau der relativ hohen Einfuhrschranken (9,2 %) einem verstärkten Wettbewerbsdruck auf den Märkten der Sechsergemeinschaft ausgesetzt sein, jedoch auf den bislang noch wesentlich stärker geschützten Märkten Großbritanniens (14,0 %) und Irlands (26,8 %) Möglichkeiten zur Erweiterung der Marktanteile haben. Die von der *metallverarbeitenden Industrie* erzeugten Produktgruppen werden vom EG-Außen-

zolltarif nur mit Zöllen zwischen 1,2 und 7,3 % belegt. Folglich haben heimische Hersteller keine allzu starke Beeinträchtigung ihrer Marktstellung zu befürchten. Mit Ausnahme der Produktgruppe Metallwaren, die von Großbritannien (10,8 %) und Irland (22,1 %) hoch geschützt wird, sind auch die Zölle der Beitrittsländer im unteren Bereich angesiedelt, entsprechend bestehen nur beschränkte Möglichkeiten zur Gewinnung zusätzlicher Marktanteile.

Die Veränderungen der Marktstellung, die im Zuge der wirtschaftlichen Integration für die verschiedenen Industriezweige zu erwarten sind, lösen dynamische Wettbewerbsprozesse aus,

Tabelle 7  
Nominalzölle der EG-Sechsergemeinschaft und der Beitrittsländer für gewerbliche Erzeugnisse

Warengruppe <sup>1)</sup>	Nominalzoll 1972			
	EG Sechsergemeinschaft	Beitrittsländer		
		Großbritannien	Dänemark	Irland
%				
5 Chemische Erzeugnisse	10,9	12,7	4,4	12,6
51 Chem. Grundstoffe u. Verbind.	11,1	16,1	1,8	1,2
52 Teer- u. Teerdestillationserz.	0,0	5,0	0,0	14,8
53 Farb- und Gerbstoffe	0,0	5,0	0,0	30,0
54 Med. u. pharm. Erzeugnisse	12,3	10,0	0,0	8,5
55 Riechst., Kosmetika Waschm.	9,1	9,7	9,3	40,7
56 Chem. Düngemittel	4,3	7,3	0,0	6,4
57 Sprengstoffe	9,4	12,5	2,0	0,0
58 Kunststoffe	14,6	10,7	9,7	33,7
59 Chem. Erzeugnisse a. n. g.	8,7	10,3	2,7	18,1
6 Bearb. Waren n. Beschaffenh.	5,4	7,8	4,5	24,0
61 Leder, Lederw., u. zuger. Pelzfelle	4,0	11,0	4,5	31,6
62 Kautschukwaren	7,7	10,4	6,7	8,8
63 Holz- u. Korkwaren o. Möbel	7,3	8,4	3,0	19,1
64 Papier, Pappe u. Waren daraus	9,2	14,0	5,0	26,8
65 Garne, Gewebe, Textilfertigw.	13,0	17,2	7,7	36,7
66 Waren a. mineral. Stoffen, a.n.g.	7,0	5,6	6,0	28,1
67 Eisen und Stahl	6,7	7,8	1,8	5,8
68 Ne-Metalle	1,2	4,2	1,9	4,2
69 Metallwaren	7,3	10,8	5,8	22,1
7 Maschinen und Fahrzeuge	7,6	8,6	4,7	12,4
71 Nichtelektrische Maschinen	7,5	9,0	4,4	8,0
72 Elektr. Masch., Apparate u. Ger.	8,2	11,2	6,8	19,1
73 Fahrzeuge	7,2	6,6	3,8	13,9
8 Verschiedene bearb. Waren	10,1	12,0	7,8	21,5
81 San. u. hyg. Art., Heizkessel usw.	8,9	10,5	4,4	19,8
82 Möbel	8,1	12,5	6,0	37,5
83 Reiseart., Taschenwaren u. dgl.	11,3	10,0	15,0	28,7
84 Bekleidung	14,3	20,3	16,8	41,9
85 Schuhe	11,9	11,4	15,4	50,0
86 Feinmech., opt., photochem. Erzeugnisse, Uhren	9,1	13,0	1,9	8,7
89 Bearbeitete Waren, a. n. g.	8,4	6,9	5,2	26,2
5-9 Gewerbliche Waren insges.	7,4	9,4	4,9	15,9

<sup>1)</sup> Systematisierung nach der Standard International Trade Classification (SITC).  
Quelle: Die Weltwirtschaft, 1972, Heft 1, Tübingen 1972, Tabellenanhang, S. 8 ff.

die aus der Sicht der Wettbewerbspolitik im allgemeinen durchaus erwünscht sind. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß das Vordringen in neue Märkte oder eine grenzüberschreitende Investitionspolitik vor allem jenen Firmen möglich sein dürfte, die eine genügend große Kapitalausstattung aufweisen, um jene „barriers to entry“ zu überwinden, die auch nach dem Abbau der Zölle noch bestehen. Somit bleibt abzuwarten, wie stark die einzelnen Branchen durch die Öffnung der Märkte tangiert werden und ob durch die Integration die gegenwärtig im europäischen Rahmen zu beobachtenden Konzentrationserscheinungen verstärkt werden.

Dr. Gerhard Kah